



Inakzeptabler Angriff auf den Finanzplatz Schweiz

Mit seinen heftigen Angriffen auf das schweizerische Steuersystem und unser Bankgeheimnis zielt Deutschland auf das Nervenzentrum der Schweizer Wirtschaft und unseres Wohlstands. Eine starke und koordinierte Reaktion der Schweiz ist unumgänglich. Regierungsrat wie Kantonsrat tragen die freisinnige Energie- und Umweltpolitik in einem wesentlichen Punkt mit: Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die bei Hauseigentümern weit verbreitete Bereitschaft zum Bauen nach neusten ökologischen Standards und zur Verwendung innovativer Technologien und Gebäudeformen nicht an einzelnen Bauvorschriften scheitert (Bsp. Umweltschutz vor Ortsbildschutz bei Solaranlagen auf Zürichs Dächern). Der Kantonsrat hat heute ein entsprechendes Postulat der FDP überwiesen.

Viel ist über die deutsch-liechtensteinische Steueraffäre auch im Zusammenhang mit der Schweiz gesagt worden. Der deutsche Finanzminister und andere haben gegenüber der Schweiz einen Ton angeschlagen, wie Deutschland ihn nicht einmal gegenüber Nordkorea, dem Sudan oder Libyen benutzt. Nun müssen auch wir Klartext sprechen: So lässt die Schweiz nicht mit sich umgehen! Wir müssen diese Vorwürfe und diesen Ton entschieden zurückweisen. Derartige Entgleisungen sind im Europa des 21. Jahrhunderts inakzeptabel.

Auch Europa braucht den Wettbewerb

Ein gesunder Steuerwettbewerb und ein leistungsfähiges Bankenwesen sind wichtig für die gesamteuropäische Wirtschaft. Nur liberaler Wettbewerb garantiert die Konkurrenzfähigkeit unseres Kontinentes im globalen Wettbewerb. Harmonisierung von Steuern – wohlverstanden nach oben, an Harmonisierung nach unten denken die Verfechter dieser falschen, zutiefst sozialistischen Idee ja nie –, Ausschalten von Konkurrenz, zentralistische Gleichmacherei, geführt von Brüsseler Bürokraten führen Europa ins wirtschaftliche Desaster. Das wollen wir und auch viele andere Europäer nicht.

Die Schweiz – obwohl nicht Mitglied der Europäischen Union – ist ein zutiefst europäisches Land, vielleicht wegen ihrer grossen Vielfalt das europäischste aller Länder. Die Schweiz und ihr Finanzplatz tragen wesentlich zum Wohlstand von ganz Europa bei. Die Schweiz hat mit der EU ihr Verhältnis durch eine Vielzahl von Abkommen geregelt. Keines davon verpflichtet uns, unser Steuersystem den EU-Wünschen anzupassen. Dieser Bereich kann von uns souverän und in direktdemokratischem Verfahren ausgestaltet werden. Daran wollen und müssen wir festhalten. Dass das Schweizer Steuersystem attraktiv ist für Unternehmen und Personen ist kein Vorwurf, sondern eine Auszeichnung. Man sollte unser System und die relativ tiefen Steuersätze zum Vorbild nehmen, nicht kritisieren.

Wir können nicht für die verfehlte Steuer- und vor allem Ausgabepolitik grösserer europäischer Länder verantwortlich gemacht werden oder gar dafür bezahlen. Der dynamische Wettbewerb um die besten Standorte für Unternehmer und Existenzgründer ist eine Bereicherung für Europa und die ganze Welt. Auch der Einzelstaat steht in Konkurrenz, und das ist gut so. Im Übrigen führen gerade EU-Länder wie Deutschland diesen Wettbewerb mit riesigen Subventionen und Beihilfen, um Unternehmen zur Ansiedlung zu motivieren. Wir Schweizer halten das nicht für sinnvoll.

Bankgeheimnis zeigt den Respekt des Staates vor der Privatsphäre der Bürger

Der Finanzplatz Schweiz ist ein Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Unsere Banken tragen einen grossen Teil dazu bei, dass internationales Kapital und Investment den grossen

europäischen Unternehmen zur Verfügung steht, damit sie im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Rechtstaatlichkeit ist das oberste Gebot unseres Finanzplatzes. Wir können uns bezüglich Bekämpfung der Kriminalität oder der Geldwäscherei mit jedem Finanzplatz der Welt messen. Wir stehen auch nicht auf der schwarzen Liste der OECD oder einer massgeblichen anderen Organisation. Die Schweiz hat sich stets kooperativ gezeigt bei der internationalen Bekämpfung von Verbrechen und dem Aufspüren krimineller Gelder. Unser Rechtssystem hat hier Vorbildfunktion.

Das Bankgeheimnis ist kein Hilfsmittel zur Steuerhinterziehung oder Kriminalität, sondern ein Ausdruck des Vertrauens zwischen Bürger, Staat und Wirtschaft. Es drückt den Respekt des Staates vor der Privatsphäre des Bürgers aus. Es ist Ausdruck unseres direktdemokratischen Staatsverständnisses. Dem Staat und seiner Allmacht sind bei uns klare Grenzen gesetzt. An diesem Staatsverständnis und damit am Bankgeheimnis halten wir unverrückbar fest – ob dies dem deutschen oder anderen Finanzministern gefällt oder nicht. Diese Prinzipien sind für uns nicht verhandelbar. Hier sind alle Schweizer Parteien gefordert, diese Grundsätze zu verteidigen. Nur Geschlossenheit aller Schweizer sendet das notwendige Signal ins Ausland.

Die aktuellen deutschen Steuerfahndungen basieren auf dem Kauf gestohlener Daten. Wir sind besorgt darüber, dass für Deutschland bei der Verfolgung von Steuersündern nun offenbar der Zweck die Mittel heiligt und rechtsstaatliche Grundsätze leichtfertig übergangen werden.

Eine Task Force ist zwingend

Es ist anzunehmen, dass ausländische Akteure aus verschiedenen Gründen – z. B. weil sie mehr Steuersubstrat wollen oder weil sie den eigenen Finanzplatz gegen denjenigen der Schweiz stärken wollen – in Zukunft vermehrt Druck auf die Schweiz ausüben werden. Der Bundesrat und die Banken wären gut beraten, wenn sie schnell und effizient das Ruder in die Hand nähmen. Die Einsetzung einer gemeinsamen Task Force ist zwingend. Deren Aufgabe wäre es, eine Strategie für die Wahrung der Interessen des Finanzplatzes Schweiz im Ausland zu erarbeiten und diese umzusetzen. Wichtig ist, dass endlich die leidigen Vorurteile und Falschinformationen über den Finanzplatz bei Meinungsmachern, Politikern und Journalisten in für uns wichtigen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, GB, USA, EU-Brüssel) korrigiert werden. Zu diesem Zweck muss die Schweiz ihre Interessen mit modernen Methoden der Public Relations und Public Affairs vertreten. Swiss Banking ist ein Teil der „Swissness“. Dieser wertvolle Brand muss professionell gemanagt werden. Die Kosten und der Schaden von fehlendem Politikmanagement überwiegen bei weitem den Einsatz für effizientes Politik- und Krisenmanagement. Eine zerstörte oder verlorene Reputation wieder herzustellen dauert Jahre. Zu unserer Strategie muss es auch gehören, die europäische Öffentlichkeit von den Vorteilen des Steuerwettbewerbs und des Föderalismus zu überzeugen. Wir haben hier viele Alliierte unter den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Wer die Schweiz kennt, weiss: Wir sind stets bereit zum Dialog, aber zu einem zivilisierten Dialog, wie es sich unter befreundeten Staaten geziemt. Einseitigen Eingriffen in unsere Souveränität jedoch werden wir uns niemals beugen.

*Quelle FDP Nationalrätin Doris Fiala, Präsidentin FDP des Kantons Zürich
FDP Opfikon-Glattbrugg
Pressechef Björn Blaser*